



Offene Grenzen

An die offenen Grenzen zu Italien und Deutschland haben wir uns schon gewöhnt. Jetzt stehen wir vor einer sensibleren Umstellung. Nach dem Fall des Eisernen Vorhanges und der EU-Erweiterung um unsere östlichen Nachbarländer kommt nun der letzte Schritt der Wiedervereinigung Europas: Am 21. Dezember enden die Kontrollen an den Grenzen zwischen Österreich und den Ländern des ehemaligen Ostblockes. Österreich wird zu einem Binnenland in der EU, wir haben keine Außengrenzen mehr.

Jüngere Menschen werden mit den Grenzübergängen Heiligenkreuz oder Nickelsdorf die Unannehmlichkeit stundenlanger Wartezeiten verbinden. Ältere erinnern sich aber noch an eine lebensbedrohliche Grenze mit Stacheldraht und Wachtürmen. Erst dadurch wird die historische Bedeutung des Wegfalles dieser Grenze deutlich. Nichts kann die Bedeutung der Veränderungen der letzten Jahrzehnte besser verdeutlichen als dieses Ereignis.

Europa bedeutet das Überwinden von Grenzen auf friedlichem Weg.

Sicherheit stellt ein elementares Bedürfnis sowohl des einzelnen Menschen wie auch von Gemeinwesen dar. Die Gewährleistung von Sicherheit zählt zu den zentralen Aufgaben der öffentlichen Hand, die zu erfüllen heute durch neue Herausforderungen erheblich schwieriger geworden ist. Tatsächlich gehört Sicherheit heute zu den Hauptsorgen der europäischen Bürger. Es ist daher verständlich, dass das Öffnen von Grenzen auch Ängste hervorrufen kann. Diese Ängste müssen auch ernst genommen werden. Aber gerade in Zusammenhang mit Schengen kann eine Verbesserung der Sicherheit gewährleistet werden.

Den Bedrohungen unserer Sicherheit kann nur durch ein Zusammenwirken nationaler und internationaler Sicherheitspolitik begegnet werden. Das Schengen-Abkommen bildet auch für Österreich den Rahmen, innerhalb dessen eine erfolgreiche Sicherheitspolitik betrieben werden kann. Dadurch werden ein Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts geschaffen und Instrumentarien eingeführt, die eine gemeinsame Verbrechensbekämpfung unterstützen. Damit ist der Sicherheit für die Menschen besser gedient, als durch besorgtes Festhalten an nationaler Souveränität.



Titelseite der Informations-Broschüre und dazugehörigen Wanderausstellung der Europäischen Föderalisten. Näheres unter www.europajugend.at und auf Seite 8

Großer Fortschritt - handlungsfähigere demokratischere Europäischen Union

Die Staats- und Regierungschefs haben bei ihrer Tagung am 18./19. Oktober 2007 einen neuen EU-Vertrag angenommen, der die Union demokratischer und effizienter machen soll. Der „Vertrag von Lissabon“ ersetzt dabei die gescheiterte EU-Verfassung. Er soll am 13. Dezember unterzeichnet und dann bis zu den Europawahlen 2009 von den Mitgliedstaaten ratifiziert werden.



■ Eine handlungsfähigere Union

Für die Entscheidungsfindung im Rat der Europäischen Union gilt in Hinkunft eine neue Regel, das Prinzip der doppelten Mehrheit. Dies bedeutet, dass 55% der Mitgliedstaaten und 65% der EU-Bevölkerung hinter einem EU-Gesetzgebungsvorschlag stehen müssen, damit dieser mit qualifizierter Mehrheit angenommen wird.

Ab 2014 wird die Europäische Kommission verkleinert, damit sie noch effizienter arbeiten kann. Dabei ist sichergestellt, dass bei der Auswahl der Kommissarinnen und Kommissare kein Mitgliedstaat bevorzugt und keiner benachteiligt wird. Der Kommissionspräsident bekommt unter anderem die Möglichkeit, ein Mitglied der Kommission ohne langwieriges Verfahren zum Rücktritt zu veranlassen, wenn dies erforderlich werden sollte.



■ Charta der Grundrechte verbindlich

Menschenrechte, Grundrechte für Ältere, Kinder und Familien sowie die sozialen Grundrechte können nun auch vor dem Europäischen Gerichtshof geltend gemacht werden. Eine neue Form des europäischen Bürgerbegehrens bringt ein Mehr an unmittelbarer Demokratie und Gestaltungsmöglichkeit für die Bürger. Aber auch die nationalen Parlamente werden aufgewertet und erhalten ein direktes Mitspracherecht im europäischen Gesetzgebungsprozess.

■ Mehr Demokratie in Europa

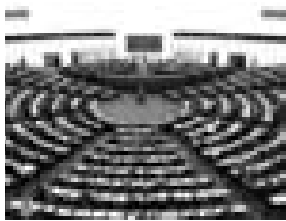
Mit dem neuen Vertrag werden die Rechte des Europäischen Parlaments erheblich ausgeweitet. So erhält das Parlament in beinahe allen Bereichen der gemeinschaftlichen Gesetzgebung ein Mitentscheidungsrecht und sieht seine politische Rolle erheblich gestärkt. So wird das Parlament in ganz entscheidenden Bereichen wie etwa der Justiz- und Innenpolitik in Zukunft mehr Mitspracherecht besitzen. Insgesamt wird das EU-Parlament nach den Europäischen Wahlen 2009 statt bisher 785 nur noch 751 Sitze umfassen, wobei das Gewicht kleinerer und mittelgroßer Länder gestärkt wird. Österreich erhält dabei einen Sitz mehr als bisher und wird mit 19 Abgeordneten im Europäischen Parlament vertreten sein.



■ Klare Zuständigkeiten

Der neue Vertrag bringt eine klarere Aufteilung der Zuständigkeiten zwischen der Europäischen Union und den Mitgliedstaaten. Erstmals wird es eine genaue Zuordnung dieser Zuständigkeiten geben. So wird klargestellt, dass öffentliche Dienstleistungen - ob von wirtschaftlichem oder von nicht-wirtschaftlichem Interesse - in die Zuständigkeit der nationalen bzw. regionalen oder lokalen Behörden fallen.

Im Vertrag wird auch erstmals festgehalten, dass die Übertragung von Kompetenzen an die EU keine Einbahnstraße ist, sondern dass sie von den Mitgliedstaaten auch wieder zurückgenommen werden können. Außerdem können die nationalen Parlamente Einwände gegen Vorschläge für neue Bestimmungen erheben, wenn diese ihrer Ansicht nach die EU-Zuständigkeiten überschreiten würden. Grundsätzlich sollen nämlich regionale oder lokale Probleme auch auf diesen Ebenen gelöst werden Subsidiaritätsprinzip.



Die Versicherung auf Ihrer Seite



GRAZER
WECHSELSEITIGE

Ihr persönlicher Berater:

Dir. Insp. Lener Hermann

Bezirksbüro Feldbach, 8330 Grazerstraße 8

Tel. 03152-2793, oder 0664-9135468

In jeder Beziehung
zählen
die Menschen.

Südoststeirische
SPARKASSE

Besser für die Bürger, besser für Österreich und besser für Europa

Nicht nur Berufspessimisten hatten die Hoffnung schon beinahe aufgegeben. Zu viele Monate und Jahre wurde an einer erneuerten Grundlage der Europäischen Union schon herumgezerrt, gestritten und gefeilt. Und doch brachte der EU-Gipfel von Lissabon am 18. und 19. Oktober 2007 nach all den Jahren zäher Verhandlungen und Rückschläge die Einigung der Staats- und Regierungschefs aller 27 EU-Länder auf einen neuen Vertragstext, den Vertrag von Lissabon.

Durch die Ablehnung des Verfassungsvertrages in Frankreich und den Niederlanden geriet die Europäische Union in eine Krise: Wie sollte es weitergehen? Gleichzeitig blieb die Welt um uns herum nicht stehen: Die Erweiterung der EU um zwölf neue Mitgliedstaaten, die Herausforderungen der Globalisierung, die Notwendigkeit, in einem intensiven Wettbewerb weltweit nicht nur bestehen zu können, sondern auch erfolgreich zu sein, neue Bedrohungen durch den Klimawandel oder den internationalen Terrorismus machten neue Instrumente für die Europäische Union dringend notwendig.

In den vergangenen fünfzig Jahren seit Gründung der Europäischen Gemeinschaften hat die Europäische Union einen weiten und überaus erfolgreichen Weg zurückgelegt. Die ‚Erfolgsgeschichte‘ der europäischen Einigung ist historisch einmalig und in ihren positiven Auswirkungen nachhaltig. Sie sichert Frieden, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Wohlstand und Stabilität auf unserem Kontinent und ist ein Vorbild für Regionen und Staaten weltweit. Österreich konnte seit seinem EU-Beitritt 1995 in hohem Ausmaß von diesem gemeinsamen Europa profitieren.

Mit nunmehr 27 Mitgliedstaaten und den neuen, drängenden Herausforderungen sind die Mittel und Instrumente der ursprünglichen Europäischen Gemeinschaft aber schlicht nicht mehr ausreichend. Der Vertrag von Lissabon ändert das und bringt die Europäische Union auf einen neuen Kurs. Er macht die Union sozialer, offener und entscheidungsfähiger. Er sichert die Demokratie in allen Mitgliedstaaten und stärkt die Demokratie auf der europäischen Ebene. Er gibt allen Bürgerinnen und Bürgern mehr Mitspracherecht und stärkt die Rolle der Regionen, der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlaments.

Mit der EU-Charta der Grundrechte bekommt die EU den modernsten Grundrechtskatalog der Welt. Zu den

Grundrechten – die von jedem Bürger bis hin zum Europäischen Gerichtshof eingeklagt werden können – gehören das Recht auf Freiheit und Sicherheit, das Verbot der Todesstrafe, der Folter, der Sklaverei und der Zwangsarbeit, die Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit, das Recht auf Achtung des Privatlebens, die Gleichheit von Frauen und Männern und das Recht auf unparteiische Gerichte.

Auch unser europäisches Sozialmodell wird so gestärkt, da die Grundrechte-Charta essentielle soziale Grundrechte umfasst. Einen kräftigeren Schub für ein sozialeres Europa gibt es ebenfalls. Der Reformvertrag hält fest, dass die EU auf eine wettbewerbsfähige soziale Marktwirtschaft sowie auf Vollbeschäftigung und sozialen Fortschritt abzielt. Es wird auch zum ausdrücklichen Ziel der Union, soziale Ausgrenzung und Diskriminierung zu bekämpfen sowie soziale Gerechtigkeit und Schutz, die Gleichstellung zwischen Männern und Frauen, die Solidarität zwischen den Generationen und den Schutz der Rechte der Kinder zu fördern!

Das europäische Volksbegehren, und damit ein Mehr an direkter Demokratie und Mitgestaltungsmöglichkeit, wird eingeführt. Somit können künftig BürgerInnen mit einer Million Unterschriften aus einer erheblichen Anzahl an EU-Mitgliedsländern die Europäische Kommission auffordern, einen Gesetzesvorschlag zu machen.

Der EU-Reformvertrag bringt in einigen zentralen Bereichen Fortschritte. So gibt es mehr Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger durch die bessere Zusammenarbeit der Polizei- und Justizbehörden über die Grenzen hinweg. Mehr Sicherheit gibt es künftig auch bei der Energieversorgung – durch eine engere Kooperation der europäischen Länder und die gezielte Förderung von erneuerbaren Energiequellen.

Besonders aber das direkt von den Bürgern gewählte Europäische Parlament erfährt durch den neuen EU-Reformvertrag eine Aufwertung. Es wird in praktisch allen Fällen zum gemeinsamen EU-Gesetzgeber mit dem Rat, entscheidet das Europaparlament in Zukunft über das gesamte EU-Budget, bekommt zusätzliche Kontrollbefugnisse und wählt künftig den Kommissionspräsidenten. Das bringt mehr Kontrolle und Demokratie, mehr Öffentlichkeit und weniger Geheimdiplomatie.

Neben dem Europaparlament profitieren aber auch die nationalen Parlamente. Durch die Verankerung des Subsidiari-

tätsprinzips im Vertrag bekommen sie ein stärkeres Mitspracherecht, ihre Mitwirkungs- und Kontrollrechte werden erheblich verstärkt. So wird das österreichische Parlament künftig detailliert über die EU-Gesetzesvorhaben informiert. Wenn ein Vorhaben der EU-Kommission in unsere nationale Kompetenz eingreift, so kann das österreichische Parlament Einspruch erheben. Wenn das ein Drittel der Parlamente der anderen Mitgliedstaaten auch so sieht, muss die Kommission diesen Einspruch berücksichtigen, wenn die Hälfte der Parlamente Einspruch erhebt, müssen sogar Europaparlament und Rat darüber abstimmen. Auch können EU-Kompetenzen erstmals wieder auf die nationale Ebene zurückverlagert werden.

Auf europäischer Ebene hingegen wird die Mitentscheidung zwischen Europaparlament und Ministerrat zur Regel, das bringt Effizienz, schafft Transparenz und vermeidet Blockaden. Gleichzeitig werden Klimaschutz und Energiepolitik neue Kompetenzen der Europäischen Union – das ermöglicht einen effektiven Einsatz europäischer Mittel für die drängendsten Probleme unserer Zeit.

Gerade weil die Kampagnen von FPÖ, BZÖ oder Kronenzeitung vor bewussten Fehlern und Lügen nur so strotzen, müssen wir es ganz klar sagen: Dieser Reformvertrag ist gut für die Bürger, gut für Österreich und gut für Europa. Er bringt mehr Demokratie, mehr Mitsprache und mehr Transparenz. Er rückt die Menschen wieder in den Mittelpunkt des Handelns der Union und gibt der EU und damit uns allen die Chance, in einer globalisierten Welt nachhaltig erfolgreich sein zu können. Diese Vorteile den Menschen ehrlich zu erklären und gleichzeitig dafür zu sorgen, dass dieser Vertrag so rasch wie möglich in Kraft treten kann: Das ist jetzt unsere Aufgabe und Verantwortung.

Die Zeit ist reif für einen Schritt in die Zukunft. Denn die Zukunft Österreichs in einer starken gemeinsamen Europäischen Union ist auch die Zukunft unserer Kinder und Enkel. Wir tragen heute die Verantwortung für morgen – und in diesem Sinne ist der Vertrag von Lissabon das richtige Instrument, damit wir auch morgen eine starke Gemeinschaft sein können.



EVP-EC

Univ. Prof. Dr. Reinhard Rack, MEP

■ Europa eine Seele geben

Zum 42. Mal hatte Max Wratschgo zu Europagesprächen der Europäischen Föderalistischen Bewegung und des Bundes Europäischer Jugend eingeladen. Prof. Kurt Jungwirth, Obmann der Europäischen Föderalisten, nannte diese Gespräche ein „kleines Europa“, gebildet durch Referenten und Teilnehmer. Hofrat Dr. Rudolf Grasmug ließ als Moderator die Themen der Europagespräche Revue passieren. Tatsächlich wurden in all den Jahren die brennendsten Themen der europäischen Entwicklung diskutiert.

Auch nach 50-jähriger Entwicklung von der EWG zur EU ist Europa nicht fertig. Wichtige Schritte liegen vor uns, die Einigung Europas ist aber weiterhin ohne Alternative. Mit diesem Resümee eröffnete **Dr. Erhard Busek** die diesjährigen Feldbacher Europagespräche und machte einen Blick 50 Jahre zurück. Der Eiserne Vorhang habe das Gefühl für ein gemeinsames Europa zerstört. Für die Generationen, die zwei Weltkriege erlebt hatten, war die Neugestaltung Europas zunächst ein Friedensprojekt. Eine Bilanz heute zeige, dass europäische Urkonflikte etwa zwischen Frankreich und Deutschland aufgelöst werden konnten. Auch die Spannungen zwischen Österreich und Italien bestehen nicht mehr. Die ehemals „heiße“ Brennergrenze gebe es nicht mehr. Das Verhältnis Österreichs zur Tschechischen Republik bleibe eine Herausforderung, mit Hilfe Europas könne es verbessert werden.

Europa eine Seele zu geben, sei das Gebot für die nächsten 50 Jahre meinte Dr. Busek mit Nachdruck und sagte weiter: „**Sprechen Amerikaner von den USA, legen sie die Hand aufs Herz, sprechen wir von Europa, greifen wir uns an den Kopf**“.

Die Menschen müssten die Entwick-



Prof. Kurt Jungwirth



Dr. Erhard Busek



Dr. Agnes Borgulya



Bernd Niemczak



Dr. Alexander Varga

lung Europas mit ihren Herzen mittragen. Sonst bestünde die Gefahr, dass Krisen der Europäischen Union nicht zu einer Stärkung führen, sondern den Einigungsprozess selbst in Frage stellen.

Der Beginn der europäischen Entwicklung nach dem zweiten Weltkrieg war geprägt auch durch Flüchtlinge und Heimatvertriebene. **Bernd Niemczak** von der Europa-Union Bayern skizzierte den Weg Bayerns nach Europa vor dem Hintergrund der Integration von 2 Millionen Menschen. Der Fall der Berliner Mauer habe Europa vergrößert und friedlicher gemacht, resümierte Bernd Niemczak.

Die Entwicklung in der östlichen Hälfte Europas beleuchtete **Dr. Alexander Varga**, ehemals stellvertretender Ministerpräsident der Slowakei. Das Ende

des kommunistischen Systems durch die politischen Umwälzungen seit 1989 ermöglichte die Überwindung der Teilung Europas. Die EU hat diese Herausforderung angenommen. Heute sind neun Länder des ehemaligen Ostblocks Mitglied in der EU.

Die Hilfe der EU beim Integrationsprozess dieser Länder durch Entwicklungsprogramme wie Phare, hob **Dr. Agnes Borgulya** von der Universität Pécs hervor. Der Stärkung der Humanressourcen komme entscheidende Bedeutung zu. Es genüge nicht, Gelder in die Infrastruktur und Verwaltung der neuen Mitgliedsländer zu stecken. Wenn man Reformen durchführen wolle, müsse man neue Betrachtungsweisen in die Köpfe bringen, betonte Dr. Borgulya. Gerade dadurch erhalte Europa seine Seele.



Filiale
8330 Feldbach
Hauptplatz 4 / Bürgergasse 19

Bank Austria
Creditanstalt

■ Tirol



Lehrer in Rumänien und Moldawien

Im Rahmen eines Gesamttiroler Lehrerseminars besuchten im August 2007 unter Leitung unseres Tiroler Landesobmannes OSR Erich R. Wörister Lehrer und Direktoren aus Tirol und Südtirol Rumänien und Moldawien. Diese Studienreise bot den Teilnehmern die Gelegenheit die wirtschaftlichen, politischen, kulturellen und bildungspolitischen Bedingungen vor Ort zu studieren und den Stand des politischen Prozesses in diesen Ländern zu erfahren.

Nachhaltig beeindruckten die Ausführungen von Hw. Preat Dorel Matoc vom Patriarchat der Rumänien Orthodoxie in Bukarest und das ausgezeichnete Referat über „Politik, Wirtschaft, Ausbildung in Moldawien“ von Frau Dr. Lilia Zabolotnaia, Vizedirektorin der Akademie der Wissenschaften in Chisinau.

Weitere Höhepunkte dieses Seminars waren das Zusammentreffen mit Herrn Wolfgang Wittstock, Vorsitzender des Deutschen Forums im Kreis Kronstadt/Brasov und mit unserem Europäer, Erwin Josef Tigla, dem Leiter der Deutschen Alexander-Tietz-Bibliothek in Reschitz. Beide Referenten vermittelten einen exzellenten Einblick in die nationalen Minderheiten in Rumänien und in die Verbreitung und Identität der Deutschen in Rumänien. Ein Empfang im Rathaus zu Hermannstadt/Sibiu, der Kulturhauptstadt Europas 2007, war der sehr informative Schlusspunkt dieses Seminars. Ein besonderer Dank gilt Herrn HR Dr. Fritz Staudigl vom Amt der Tiroler Landesregierung für die Förderung und Unterstützung dieses Seminars.

■ Kärnten

9. Europäischer Jugendworkshop

Der Anteil an jugendlichen Gewalttaten liegt in Kärnten weit über dem österreichischen Schnitt! Im Bundesgebiet beträgt er 14, in unserem Bundesland 21 Prozent! Diese Fakten über die zunehmende Brutalität der Delikte sorgten kürzlich für Betroffenheit und Ratlosigkeit unter 80 Jugendlichen aus acht europäischen Staaten bei der Podiumsdiskussion „Jugendliche Gewalt - Alltag oder Ausnahme?“ beim 9. europäischen Jugendworkshop des Europahauses Klagenfurt im Festsaal der Klagenfurter HAK 1. Hochkarätige Referenten des öffentlichen Lebens diskutierten mit Mädchen und Burschen aus Lettland, Rumänien, Ungarn, Polen, Deutschland, Italien, Slowakei und Österreich über die zunehmende Gewaltbereitschaft der Jugendlichen, wobei der tödliche Amoklauf an einer finnischen Schule für dramatische Aktualität sorgte und Betroffenheit über zunehmende Brutalität Europas Jugend auslöste.

Die Ergebnisse der Tagung wurden in einen spannenden Zeitungsartikel zusammengefasst.

Für Manfred Wallner vom Europahaus Klagenfurt stand fest: „Bei diesem Workshop fallen die Grenzen im Kopf und enge Freundschaften entstehen...“ Der Leiter des Europahauses Nikolaus Lanner kündete den 10. Jugendworkshop bereits an.

■ Europawoche Vorarlberg

Auf Initiative von BEJ/JEF fand vom 3. – 7. Dezember 2007 in der BHAK/BHAS Bregenz eine Europawoche statt. Mit Ausstellungen über das neue Schengener Abkommen, über das Europa der 27, sowie informative Plakate, Europakarten und Broschüren soll das Interesse der Schüler/innen zum Thema Europa geweckt werden. Wie der Initiator der Veranstaltung Abdul Aydemir feststellen konnte, wird auf Grund des großen Zustromes die Ausstellungen noch bis Weihnachten präsentiert werden.



■ Information

Ständige Präsentation der Wanderausstellungen in allen Bundesländern.

17. Januar 2008 um 19 Uhr im Großen Sitzungssaal Rathaus Dornbirn: Informationsabend zum Thema „Europa und Polen“ mit Frau Botschaftsrätin Mag. Barbara Wadach von der Polnischen Botschaft in Österreich.

24. Januar 2008 um 19 Uhr im Großen Sitzungssaal Rathaus Dornbirn: Diskussionsveranstaltung über die Vor- und Nachteile des Reformvertrages- Vertrag von Lissabon mit ATTAC (Herr Zuccali).



GRAZER WECHSELSEITIGE
Versicherung Aktiengesellschaft

Die Versicherung auf *Ihrer* Seite.



Dank an die Spender

Wir freuen uns, dass alle unsere Aktivitäten 2007 mit großem Erfolg abgeschlossen werden konnten. Dazu kann das Europahaus auch ca. 3.300 Nächtigungen (inkl. Gaststätten/Hotels) nachweisen. Nach aufwendigen Reparaturen durch einen Blitzschlag werden noch vor dem Winter bauliche Maßnahmen durchgeführt. Dazu gehören u.a. die Sanierung der historischen Außentüre im Wintergarten und die Herstellung des feuerpolizeilich vorgeschriebenen Fluchtweges im Wintergarten. Die Sanierungs- und Streifarbeiten an den Fenstern, Fensterläden und Dachrinnen muss wetterbedingt auf das Frühjahr verschoben werden. Viele dieser Arbeiten können durch die Spenden der Freunde und Förderer des Europahauses und der Friedensidee Europa umgesetzt werden. Dafür sei herzlich gedankt!

HR Mag. Almer Herlinde, Anger	20,-	Ing. Kaufmann Sepp, Feldbach	30,-	Bgm. Racz Reinhardt, Neumarkt	50,-
Baldauf Manfred, Neumarkt	20,-	Dir. Kellermeier Edmund, Feldbach	10,-	KR Rauter Hellmuth, Niederwölz	10,-
Berg Wilhelm, Grafendorf	20,-	LH a.D. Klasnic Waltraud, Graz	20,-	OSR Rechberger A. u. M., Kaindorf/S.	20,-
2. LTP. Beutl Walburga, St. Anna/A.	35,-	Köck Roswitha, Neumarkt	7,-	Mag. Resch Monika, Jagerberg	50,-
Bischof Josef, Schöder	50,-	RR Kordik Paul, Linz	50,-	Riegler Gertrude, Neumarkt	15,-
Böhm Heinrich u. Christl, Leonding	30,-	LH a.D. Dr. Krainer Josef, Graz	25,-	LAbg. ÖR Rieser Peter, Obdach	10,-
Hotel-Restaurant Csejtei Michael, Feldbach	50,-	Bgm. a.D. Kröll Hermann, Schladming	15,-	Rösch Paul, Klagenfurt-Viktring	50,-
Dr. Denzer Horst, Augsburg/D	340,-	Kümmel Felix, Strassengel	20,-	Ing. Mag. Dr. Rübigen Paul, Wels	10,-
Diepold Rudolf, Kindberg	3,-	Lewinski Hannes, Wien	10,-	RR Salesny Anton, Stockerau	10,-
Dr. Dorfer Leopold, Murau	15,-	OSR Macor Claudio, Fürstenfeld	30,-	KR Schenner Johann, Bad Goisern	100,-
Dr. Karl-Renner-Institut, Graz	30,-	Marini Lorenzo, Lusiana/I	150,-	OSR Schöllauf Hans, Wien	100,-
EFB-Oberösterreich	100,-	Dr. Mastny Adolf, Linz	50,-	Schreinlechner Neumarkt	15,-
Eisenberger Gerhilt u. Hans, Neumarkt	25,-	Dir. Meier Erhard, Bad Aussee	25,-	Schuch Hermann, Kitzladen	50,-
Feldbach, Stadtgemeinde	365,-	RR Merschitzka Heinz, Linz	25,-	Schüssler Irmgard, Judendorf-Straßengel	20,-
NR a. D. Fink Ernst u. Inge, Riegersburg	20,-	HR Dr. Moser Alfred, Graz	50,-	UProf. Dr. Seel Helmut, Graz	25,-
Forum Land, Wien	300,-	RR Moser Alfred, St. Stefan/R.	10,-	Seidl Gotthard, Neumarkt	25,-
DI Fühapter Heinrich, Feldbach	20,-	Moser Karl u. Theresia, Neumarkt	20,-	Gh. Seidl Robert, Zeuschach	10,-
DI Gernat Christian, Tamsweg	50,-	KR Mühlbacher Peter, St. Lorenzen/M.	50,-	Stefanitsch Eduard u. Marlene, Feldbach	20,-
OSR Gölls Emma, Feldbach	10,-	Müller Helmut, Wien	20,-	Steinreiber Johann u. Elfriede, Feldbach	15,-
Göschel W. u. E., Stein/Enns	30,-	Murau, Stadtgemeinde	50,-	Steir. ÖAAB, Graz	100,-
Mag. Gratzner Gertrud, Floing	20,-	HR Dr. Neuhofer Hans, Wels	30,-	RR Strausz Johann, Hartberg	20,-
Griedl Wolfgang, Neumarkt	20,-	DI Niss Ernst, Leonding	5,-	DI Strobl Helmut, Graz	20,-
Dr. Gross Josef, Graz	15,-	Mag. Nodes Bruno, Altmünster	25,-	Strohmeier Wildspezialitäten, Neumarkt	35,-
Dr. Gsöls Waltraud, Feldbach	30,-	HR Dr. Ortner Gerold u. Stefanie, Graz	20,-	Supan Ingrid, Felbach	15,-
Dr. Hafner Johann, Graz	20,-	ÖVP-Bundesparteileitung	200,-	Mag. Trsek Hans, Weiz	20,-
OSR Haidenbauer Helmut, Feldbach	10,-	Palli Johann, Neumarkt	15,-	ungenannt	20,-
OSR Hebenstreit Alois, Kirchberg/R.	20,-	Petermann Fritz u. Pütz Elke, Amberg/D	100,-	ungenannt, Neumarkt	100,-
Hirschmugl Ernst u. Elisabeth, Bad Gleichenb.	100,-	Pfundner Ferdinand, Neumarkt	15,-	Weinseiss Hubert, Neumarkt	10,-
Höflechner Elfi, Kalsdorf	20,-	Pilgram Otwin, Neumarkt	12,-	Weinzödl Renate, Graz	50,-
Mag. Humula Luise, Breitenfurt	20,-	Dr. Puntigam Alois, Graz	15,-	Winkler Bernhard, Neumarkt	15,-
Dir. Jeschowsky Kurt, Graz	30,-	Dr. Rabussay Heinz, Graz	20,-	Wratschgo Wolfgang, Gleisdorf	20,-
Prof. Jungwirth Kurt, Graz	50,-	UProf. Dr. Rack Reinhard, MEP, Graz	1000,-		

Stand: 10. 12. 2007

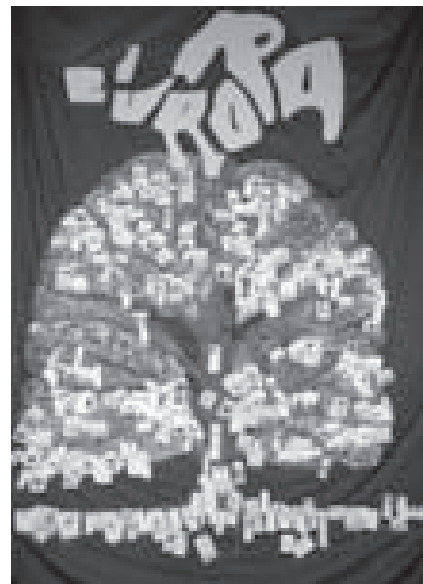
Europa leben

„Bauen am gemeinsamen Haus Europa“ war das Motto des Europahauses Neumarkt beim 4. Obersteirischen Lernfest des Bildungsnetzwerkes Steiermark am 26. Oktober 2007 im Stift St. Lambrecht. Von ca. 1000 Besuchern wurde bei unserem Aktionsstand ausprobiert, gekostet, diskutiert, erforscht, geraten und gelernt.



Am Europahaus-Aktionstand wurde zu geistigen Informationen und pikanten wie süßen Köstlichkeiten aus Europa verführt.

Ziel der Aktion: Wie weit ist der Besucher bereit, am Gemeinsamen Haus mitzubauen, oder wird Europa als Selbstverständlichkeit konsumiert und kritisiert – mit über 900 Bausteinen kann ein großer Erfolg verzeichnet werden.



■ Ehrenpräsident Max Wratschgo

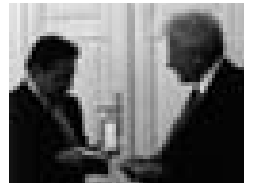
Bei der Bundesgeneralversammlung der EFB am 17. November 2007 in St. Magdalena stellte Max Wratschgo seine Funktion als Bundesobmann zur Verfügung und übergab seine Agenden an den früheren Generalsekretär der UEF, Friedhelm Frischenschlager, der von der Generalversammlung einstimmig gewählt wurde. So einfach konnte es sich Max Wratschgo aber nicht machen – er wurde gemeinsam mit Dr. Christoph Leitl zum Ehrenpräsidenten gewählt. WKO-Präsident Christoph Leitl, der das „Europa-ABC“ im Europahaus Neumarkt studierte, dankte ihm für seinen wertvollen Einsatz bei seiner Tätigkeit für die europäische Einigung.



In seiner ersten Aktion forderte Frischenschlager alle zukunftsorientierten Österreicherinnen und Österreicher auf, den EU-Reformvertrag als unverzichtbaren Schritt zur Erhaltung der Handlungsfähigkeit der EU zu unterstützen. Gleichzeitig trat Frischenschlager mit Dr. Willibald Pahr und Dr. Heinrich Neisser an die Bundesregierung mit der Forderung heran, bei der Unterzeichnung des EU-Reformvertrages (Vertrag von Lissabon) eine Erklärung abzugeben, die die weitere Verwendung der Symbole der EU wie Flagge, Hymne, Leitspruch, Euro und Europatag in Österreich klar stellt.

■ Josef Bauernberger

Der Bundespräsident der Republik Österreich, Dr. Heinz Fischer, hat mit Entschliebung vom 23. April 2007 Herrn Konsulent Josef Bauernberger, Geschäftsführer der Österreichisch-Deutschen Kulturgesellschaft, Sektion OÖ und der EFB-OÖ das Goldene Verdienstzeichen der Republik Österreich verliehen. Die feierliche Überreichung erfolgte am 10. Juli im Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten durch den Chef des Protokolls, Herrn Botschafter Dr. Ferdinand Maultaschl.



■ Hermann Plank



Der steirische Schachbund verlieh für seine ausgezeichnete Arbeit unserem Jugendtrainer Hermann Plank das „Silberne Ehrenzeichen des steirischen Landesverbandes“. Hermann Plank war Gründungsmitglied der Sektion Schach des RbEJ Gleisdorf im Jahr 1973 und war bis 1987 Mannschaftsführer der aufstrebenden Schachmannschaft. Sei 1997 widmet er sich besonders der Nachwuchsarbeit bei der Sektion Schach und gilt als einer der aktivsten Jugendleiter der Steiermark. Daneben ist er weiterhin aktiver Turnierspieler und Schachschiedsrichter.

■ „Frühchristliches Weltkulturerbe“



Über Initiative des Europahauses Neumarkt und dem Freundschaftsverein BASTEI (BARanya-STEIERmark) ist es gelungen, wanderte die Ausstellung mit einen der wertvollsten Funde

mit frühchristlichen Grabkammern in das Stift St. Lambrecht.

Eingeleitet wurde die Veranstaltung mit einem Abendlob mit dem Bischof aus Pécs Mihály Mayer und Abt Otto Strohmaier in der Stiftkirche. In der SCHULE DES DASEINS führte anschließend der ungarische Honorarkonsul für Österreich in Ungarn, DI Imre Somogyvari in diese historisch bemerkenswerte Ausstellung ein, die von Bischof Mihály Mayer eröffnete wurde.

■ Wir berichten

Aus Platzmangel in dieser Nummer mussten einige Artikel zurückgestellt werden. In der Nummer 1/2008 erscheinen Berichte über die Erfolge unserer Sektionen, die Veranstaltung „Europäisches Bildungssystem“, das Europaseminar für Lehrer in Retzhof, die Bundesgeneralversammlungen der EFB und des BEJ/JEF, das Kamingespräch mit Kommissar Dr. Franz Fischler in St. Magdalena und über weitere Aktivitäten unserer Landesverbände.



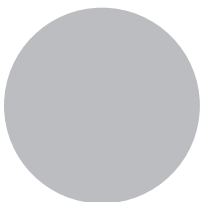
Zum Einkauf aller Elektrowaren
Elektrogeräte - Radios und Fernseher

Elektro-FACH-Geschäft

E-WERK-NEUMARKT

VERKAUF
REPARATUR
SERVICE

8820 Neumarkt
Freimoosstraße 24
Tel. 03584/2255



klaus griedl

GAS – WASSER – BAUSPENGLEREI – KLIMA – WELLNESS – HEIZUNG
8820 NEUMARKT, FREIMOOSSTR. 1–3

Tel.: 03584/2134, Fax: 03584/2134, www.griedl.at, klaus@griedl.at

